

# blickpunkt

Nr. 262  
Oktober 1992

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF

## Heute Amsterdam, morgen...

Der Flugzeugabsturz von Amsterdam liegt jetzt auch schon wieder ein paar Wochen zurück. Langsam verschwindet der Schrecken aus dem Bewußtsein der Leute. Man vergißt schnell.

Nun donnern aber die gleichen Flugzeuge täglich auch über unsere Köpfe und jeder hatte auch schon einmal Angst, wenn der Krach unerträglich anschwellt. Wegen der Ängste braucht man sich nicht zu schämen, die Gefahr ist schließlich da, auch hier kann es jederzeit zu einer solchen Katastrophe kommen. Jeder, der sagt, das kann bei uns nicht vorkommen, lügt.

Die Gefahr ist also da - das Problem ist, die Gefahr wächst! Heute haben wir schon täglich rund 1000 An- und Abflüge auf Rhein-Main. Tendenz steigend. Um 9,2 Prozent stiegen die Flugbewegungen in Frankfurt im ersten Halbjahr '92. Bei den Passagierzahlen, mit 14,3 Millionen, ein Zuwachs von gut 15 Prozent.

### Die Lufthansa dreht durch

Die Lufthansa will da mithalten. Im tiefen Konkurrenzkampf steckend, kam sie zu absurden Ideen. Sie will auch in der Nacht mehr fliegen, vor allem den Kurzstreckendienst intensivieren. Das heißt Bahnkunden abwerben, indem man Rabatte gibt und

möglichst viele deutsche Städte anfliegt. Im Jahre 1993 will man gleich 78 Maschinen dafür einsetzen.

### Die Amis bauen auch noch aus

Da wird zwar von Abrüstung geredet, nur, auf der US-Air Base wird ausgebaut. Hier wurde für 17,25 Millionen Mark gerade das weltweit größte Militärterminal der US-Luftstreitkräfte eröffnet. Nun gibt's Leute, auch in unserem Rathaus, die meinen: "Gut wenn die Amis da sitzen, sonst kommt die FAG noch mehr nach Süden." Das ist mit Sicherheit totaler Quatsch. Die Air-Base gehört aufgelöst - das Gelände aufgeforschet.

### Protzerei und Großmannsucht - und Sozialdemokraten klatschen Beifall

Wenn man diese Fakten schildert und die letzten zehn Jahre nach den Startbahnauseinandersetzungen betrachtet, könnte man schon manchmal resignieren. Der Flugverkehr wächst und wächst, mit ihm Lärm, Abgase, Kerosinregen. Die FAG investiert gerade 2,5 Milliarden DM, baut für 1,5 Milliarden auf der Fläche von fünf Fußballfeldern ein weiteres Terminal. Der regionale Egoismus der Landespolitiker überschlägt sich geradezu. Da, wo Bankentürme stehen sollen noch mehr hin. Da, wo die Flugzeuge bald keinen Platz mehr

haben, soll noch mehr geflogen werden. Ein altes Thema. Gestern war es Beton-Börner - heute klatschen die Hessische Finanzministerin Annette Fugmann-Heesing und der Frankfurter Oberbürgermeister Andreas von Schoeler beim 750000-Mark-Richtfest der FAG.

### Fliegen ist schön ...

... steht auf einem Werbeschild am Flughafen Egelsbach. Dort geht es übrigens gerade auch um einen Ausbau. Heute schon sind in Egelsbach jährlich 100000 Flugbewegungen zu verzeichnen. Jetzt will man "gewinnträchtige Geschäftsflugzeuge" anlocken. In einem Positionspapier der hessischen Landesregierung wird der Ausbau des Flughafens und die Verlängerung der Landebahnen auf 1500 Meter vorgeschlagen. Dann würden auch zweimotorige Flugzeuge zugelassen, die nicht mehr nur 5,7 t, sondern bis zu 12 t schwer sein dürfen. Jetzt schon werden die Menschen in Egelsbach, Arheiligen, Erzhausen, Wixhausen und Weiterstadt durch die kleinen "Krachmacher" drangsaliert. "Fliegen ist schön?" Für wen?



## Und wer bezahlt mal wieder die Zeche?



Am 3. Oktober 1992 feierte die Bundesregierung "2 Jahre deutsche

Einheit". Viele Menschen im "großen" Deutschland haben allerdings wenig zu feiern. In den alten und in den neuen Ländern. Während die Banken und viele der großen Konzerne sich an der Einheit dumm und dämlich verdient haben, werden immer neue Ideen zu Lasten der Arbeitnehmer produziert. Trotz des scheinbaren Durcheinanders und der Hilflosigkeit bei den Bonner Politikern zieht sich ein roter Faden durch alle "Lösungsvorschläge": sie zementieren die soziale Ungerechtigkeit in dieser Republik. Arbeitnehmer und ihre Familien, Arbeitslose, Rentner und Sozialhilfeempfänger sollen wieder allein die Zeche zahlen. Mehr noch, die Gunst der Stunde nutzend, versuchen konservative Politiker und Unternehmer, das Rad der Geschichte zurückzudrehen und die über Jahrzehnte von den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften erkämpften Errungenschaften und Rechte abzubauen.

Das gesamte System der sozialen Sicherung soll von Grund auf umgekrempelt und ausgehebelt werden.

Die Gewerkschaften sollen handlungs- und aktionsunfähig gemacht werden. Die "Freiheit" der Wirtschaft soll auf Kosten der sozial Schwachen weiter ausgebaut werden.

Es geht also um eine umfassende Neugestaltung des gesamten Wertesystems im "neuen Deutschland". Am Ende stünde eine noch ungerechtere Gesellschaft.

An einer Tatsache ist nicht zu rütteln: Vor allem Arbeiter und Angestellte tragen die Kosten der deutschen Einheit. Dies ist das Ergebnis einer Untersuchung des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung. Haushalte mit hohem Einkommen würden im Vergleich deutlich weniger bela-



stet, berichteten die Forscher. Die zum Jahresende geplante Mehrwertsteuererhöhung werde diese Ungleichheit weiter vergrößern.

Der Studie zufolge werden die westdeutschen Haushalte in diesem Jahr mit mehr als 60 Milliarden Mark zur Finanzierung des Aufbaus in Ostdeutschland herangezogen. Je Haushalt entspricht dies einem durchschnittlichen Betrag von 190 Mark im Monat oder 2,8 Prozent des Bruttoeinkommens. Die Belastung sei jedoch sehr unterschiedlich verteilt. Während Angestellte rund 3,5 Prozent (280 Mark) und Arbeiter sogar rund 4,0 Prozent (260 Mark) ihres Bruttoeinkommens für die Einheit opfern müssten, würden Landwirte, Selbständige und Beamte nur mit 1,5 bis 2,0 Prozent belastet.

Unausgewogen ist nach Einschätzung der Forscher auch die Verteilung der Lasten auf die Einkommensschichten. Am stärksten belastet seien die 50 Prozent der Haushalte in den mittleren Einkommensgruppen. Bei einem Monatseinkommen zwischen 3400 und 8200 Mark müssten sie knapp über drei Prozent ihres Einkommens als Solidarbeitrag opfern. Die Haushalte des untersten Viertels der Einkommenspyramide müssen laut RWI auf 2,7 Prozent ihres Einkommens von durchschnittlich 2300 Mark verzichten.

Dagegen hätten die reichsten fünf Prozent der Haushalte bei einem durchschnittlichen Einkommen von monatlich 24 500 Mark lediglich eine Belastung von etwas über zwei Prozent zu tragen.

Hauptursache der "Gerechtigkeitslücke" sei die Finanzierung von Transfers der Sozialversicherung von West nach Ost aus Beiträgen. Dies wirke sich aus, wie eine Sondersteuer für Arbeiter und Angestellte.

## DKP Offene Liste tritt an

Die DKP der Doppelstadt hat einen ersten Programmentwurf für die Kommunalwahl 1993 vorgelegt. Die DKP, sie hat z. Zt. in Mörfelden-Walldorf fünf Fraktionsmitglieder - darunter zwei Parteilose - und ein ehrenamtliches Magistratsmitglied, will zur Wahl mit einer für Parteilose offenen Liste antreten. In ihrem Programmentwurf haben sozial- und verkehrspolitische Themen einen hohen Stellenwert. So will man, daß in der nächsten Wahlzeit entschieden mehr Kindergarten- und Hortplätze geschaffen werden. Mit dem baulichen Zustand der Schulen in Mörfelden-Walldorf, vor allem der Waldenserschule und der Bertha-von-Suttner-Schule ist man sehr unzufrieden. Bei den Forderungen zur Verkehrspolitik will man neben der schnellen Einführung von "Tempo 30" im Stadtgebiet vor allem die beschleunigte Entwicklung von Mörfelden-Walldorf zu einer "fahrradfreundlichen Stadt". Dem Expansionsdrang des Flughafens will die DKP auch im künftigen Stadtparlament entschieden Widerstand leisten. "Nein" sagt man zur Ausweisung weiterer Bau- und Gewerbegebiete. In der Finanzpolitik bleibt die DKP bei der entschiedenen Ablehnung von Gebührenerhöhungen und meint, die "kleinen Leute" werden gerade genug geschöpft.

Die DKP meint außerdem, daß auch in der Stadt selbst viel Geld gespart bzw. anders eingesetzt werden könnte. So will man u.a. weiterhin die Anmietung von Fraktionsräumen für die CDU und die Stelle des "weiteren Stadtrates" einsparen.

Die DKP Mörfelden-Walldorf sieht für ihre "Offene Liste" Chancen bei der Kommunalwahl 1993. Sie setzt auf die Erfahrung ihrer bekannten Mandatsträgerinnen und Mandatsträger und auf die Tatsache, daß in unserer Stadt weiterhin eine Opposition gebraucht wird, die den Rathausparteien und ihren Hauptamtlichen auch unangenehme Fragen stellt.

Sie ruft alle Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, die eine solche Opposition links von SPD und Grünen im Stadtparlament auch die nächsten vier Jahre für wichtig halten auf:

Unterstützt die DKP Mörfelden-Walldorf/Offene Liste! Bereitet mit uns die Kommunalwahl 1993 vor - arbeitet mit an unserem Programm für Mörfelden-Walldorf! Ruft uns an - schreibt uns eure Meinung - diskutiert mit uns.



## Einer bleibt

Am 30. September 1992 hat sich die GBL aufgelöst. Während der politischen Startbahn-Erschütterungen gegründet, hat sie fast 12 Jahre lang Kommunalpolitik in unserer Stadt mitgestaltet. In der Geburtsstunde dieser Gruppe kamen Enttäuschte aus SPD, FDP, CDU, aus maoistischen Gruppierungen und Parteilose zusammen. Entsprechend war im Grunde auch die GBL-Politik angelegt. Man schwankte hin und her. Lange Zeit gab es eine Art Koalition mit der CDU, dann mit der SPD, dann platzte mal wieder alles. Später bekam man einen teuren grünen hauptamtlichen Stadtrat und es schien, als würde die GBL berechenbarer. Nun aber gab es oft ein Abstimmungsverhalten im Parlament, das die eigenen grünen Parteifreunde nur mit Kopfschütteln betrachten konnten.

Der Abschied der GBL von der politischen Bühne war mehr als würdelos. Es gab eine Pressekonferenz auf der man nicht die geringste Selbstkritik hören konnte und eine überall verteilte "Grüne Bürgerzeitung" in der es nur Schuldzuweisungen an andere gab.

Obwohl es die GBL jetzt nicht mehr gibt, bleibt der GBL-Stadtrat. Jetzt listete er noch einmal auf, was die GBL alles geschaffen hätte. Wer sich auskennt, weiß, was man von solchen Aufzählungen zu halten hat. Vom "Altehilfezentrum" bis zu "Sozialwohnungen", von "Tempo30" bis zur "neuen Kläranlage" - na ja. Klar ist, an solchen Projekten sind in der Regel alle Fraktionen beteiligt. Solche Aufzählungen sind deshalb falsch und irreführend - ob sie nun vom GBL-Stadtrat oder von der SPD kommen.

Das Ende der GBL war leider auch begleitet von unsolidarischen Gehässigkeiten gegen über den nachrückenden Grünen. Damit leisteten die GBL-Leute der grünen Idee einen Bärendienst. Überhaupt, wenn innerhalb weniger Wochen sieben GBL-Mandatsträger einfach "aufhören", dann wird notwendiges grünes Engagement beschädigt, Wählervertrauen gebrochen, Politikverdrossenheit befördert.

Bleibt trotzdem zu hoffen, das die GBL-Leute nicht total ins Private abtauchen.

Angesichts der erschreckenden Rechtsentwicklung, wird gemeinsames Auftreten der Linken und Demokraten in Zukunft notwendiger.

## Zurücktreten und Stelle streichen!

Mit halbseitigen Anzeigen in der Lokalpresse, in denen er zum Beispiel die Abfuhrtermine des "gelben Sacks" mitteilt, macht er zur Zeit auf sich aufmerksam, durch das Verteilen von Prospektmaterial aus dem Hessischen Umweltministerium an Magistrat und Stadtverordnete und durch das öffentliche Beklagen fehlenden Rückhalts in "seiner" Partei. Gemeint ist der "grüne Stadtrat" Treber - von den GRÜNEN und ihrer Bürgerliste als Preis für die Koalitionszusage an die SPD nach der Kommunalwahl 1989 durchgesetzt - der für ein Jahresgehalt von über 100000.- DM Dinge tut, die ein Sachbearbeiter, ja ein Verwaltungslehrling nebenbei machen könnte. Und das als echtes "Auslaufmodell", denn keiner glaubt daran, daß dieser "grüne Stadtrat" noch einmal wiedergewählt wird, um den "Koalitionsfrieden" zu wahren, womöglich. Bei der Entwicklung in der grünen Partei und nach der jetzt erfolgten Auflösung der Grünen Bürgerliste würde einer, der Charakter hat, sein Amt zur Verfügung stellen. Da dies nicht zu erwarten steht, fordert die DKP-Fraktion den "weiteren Stadtrat" Treber hiermit öffentlich zum Rücktritt auf. Darüber hinaus werden wir die Streichung dieser Planstelle betreiben, damit der "dritte Mann" nicht erneut zum "Preis" einer Koalition wird, den die Bürgerinnen und Bürger teuer bezahlen müssen, oder gar der SPD, die mit einer absoluten Mehrheit bei der nächsten Kommunalwahl liebäugelt, zufällt. Denkbar ist, daß sie die Stelle sogar schon "intern" vergeben hat. Mit uns läuft das nicht.

# DKP

*Opposition bleibt notwendig!*

**... dran denken  
am 7. März 1993**

## Die "Umfaller" wollen mal wieder

Die meisten wissen's nicht - auch vor Ort gibt's eine F.D.P. Jahrelang hat sie der Volksmund als "Umfaller" bezeichnet, weil sie immer mal wieder, oft in entscheidenden Punkten umfielen. Bei aller "Umfallerei" stand die Partei des Grafen aber stets fest auf dser Seite des "Großen Geldes". Auch heute, wenn es um Lohnverzicht, Lohnstopp, Öffnungsklauseln, Sozialabbau geht, da haben die schwarzen Erzkonservativen in der F.D.P. einen verlässlichen Partner. In ihrer ersten Erklärung zur Kommunalwahl '93 meinte die hiesige F.D.P. "DKP, Reps und ähnliche" in einen Topf werfen zu müssen. Allein eine solche Formulierung disqualifiziert diese Leute. Sie haben schlichtweg keine Ahnung von der örtlichen Geschichte und der Kommunalpolitik in Mörfelden-Walldorf.

WIR SIND ZWAR PARTEILOS -



ABER KEINESFALLS AHNUNGSLOS!

**Kommunalwahl 7. März 1993 - Demokratie braucht Opposition**

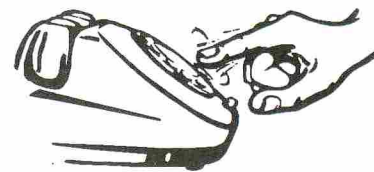


### Was wird mit den Mülltonnen ?

Wie im Juli-"blickpunkt" bereits berichtet, ist von der Verwaltung unserer Stadt vorgesehen im nächsten Jahr neue Mülltonnen einzuführen. Die seither vorhandenen 35 und 50 Liter fassenden Gefäße, es handelt sich um fast 12.000 Stück in unserer Stadt, sollen abgeschafft und durch neue größere Tonnen ersetzt werden. Desweiteren ist daran gedacht noch zwei zusätzliche Tonnen in gleicher Größe (120 Liter) für den Bioabfall und für Wertstoffe, anstelle des gelben Sackes, anzuschaffen. Die Änderung von den kleinen zu den größeren Tonnen wird mit EG-Normen und Arbeitsschutz-Maßnahmen begründet. Die kleinen Tonnen sind aus Stahl, haben keine Rollen und müssen in die Schüttung an den Müllfahrzeu-

gen eingehoben werden. Die Müllmänner zu entlasten, trifft allgemein auf Verständnis, jedoch werfen sich folgende Fragen auf:

- Wirken die größeren Gefäße der angestrebten Müllvermeidung nicht entgegen?
- Gibt es nicht Hygieneprobleme bei 14-tägigem Abholrhythmus, insbesondere bei den Biotonnen ?
- Was passiert mit den alten Mülltonnen?
- Können überall je Wohneinheit drei Tonnen untergebracht werden bzw. ist die gemeinsame Nutzung einer größeren Tonne durch mehrere Familien/Mietparteien möglich?
- Ist an eine Beihilfe zur Umrüstung, oder zur Entfernung der alten "Mülltonnenhäuschen" gedacht?
- Was wird die gesamte Umstellung kosten und wer wird sie bezahlen, welche Belastungen kommen auf den Bürger zu?
- Steckt unter solchen Veränderungswünschen nicht doch auch die starke Lobby der Kunststoff- und Mülltonnenhersteller?



## Einfach anrufen!

Sicher haben Sie auch schon oft gedacht - »das wär was für den blickpunkt«.

Also, demnächst einfach anrufen!

Tel. 23366, 22362, 3335, 3859.

### Radwege und die Antwort des Kreises

Wie schon im "blickpunkt" berichtet, setzte sich der DKP-Stadtrat Heinz Hechler, in einem Mitte August an den Landrat gerichteten Brief, für ein besseres überörtliches Radwegenetz ein. Er meinte, daß es an der Zeit wäre, auch im Kreis Groß-Gerau ein Gesamt-Radwegekonzept mit durchgehend beschilderten Wegeverbindungen zu schaffen. Der Kreis Groß-Gerau mit seiner flachen, aber dennoch reizvollen Landschaft, vom bewaldeten nördlichen Teil bis zu den Rheinauen, bietet sich zum Radfahren geradezu an. Inzwischen ist eine Antwort vom ersten Kreisbeigeordneten Baldur Schmitt eingegangen. Er schreibt, daß er die Anregungen an die zuständige Fachabteilung weitergeleitet hat und von dort weitere Nachricht zu erwarten ist.

Ferner schreibt Baldur Schmitt: "*Gestatten Sie mir vorab einen eher grundsätzlichen Hinweis. Die Baulast für Radwege liegt im Regelfall bei den Städten und Gemeinden des Kreises Groß-Gerau. Insofern haben sich in der Vergangenheit hinsichtlich des Radwegebaues in Mörfelden-Walldorf zuständigerweise die Initiativen auf die örtliche Ebene beschränkt. Allerdings hatte der Kreis Groß-Gerau zur Förderung des überörtlichen Radwegebaues entlang von Kreisstraßen ein Mehrjahresprogramm mit einem Gesamtvolumen von 600.000,- DM aufgelegt, das in einigen Regionen recht gut, in anderen weniger gut nachgefragt wurde. Dieses Programm diente dazu, die aufgrund des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes verbleibenden Deckungslücke in Höhe von 40 Prozent hälftig aufzufüllen, so daß der Eigenanteil der jeweiligen Kommunen an den Gesamtkosten nur 20 Prozent betragen hat*".

Diese Antwort ist leider sehr unbefriedigend. Der schwarze Peter wird den Kommunen zugeschoben, aber diese werden nicht tätig, bevor der

Kreis ein Konzept erstellt hat. Radwege entlang von Kreisstraßen genügen unseres Erachtens nicht, wären aber ein erster Schritt. Die von Baldur Schmitt hierfür genannten Mittel als Mehrjahresprogramm sind allerdings ein Klacks.

Bleibt die Frage, hat der Kreis Groß-Gerau doch die Zeichen der Zeit noch nicht verstanden ?

### David hat Goliath auch geschlagen.



Zeitung der DKP

Probexemplare bestellen!  
Hoffnungstraße 1, 4300 Essen 1



# Für ein Frauenzentrum in unserer Stadt

Der Frauentreff Mörfelden-Walldorf hat sich im Oktober 1989 als Verein formiert. Der Verein setzt sich aktiv für die Gleichberechtigung der Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen ein. Für die Tätigkeiten steht den Frauen ein Raum mit Teeküche im "Goldenen Apfel" zur Verfügung, der kostenfrei genutzt werden kann. Nach drei Jahren aktiver Arbeit steht der Verein jedoch vor dem Problem, daß die Räumlichkeit zu beengt ist und leider auch nicht über die entsprechende Atmosphäre verfügt. Gegenwärtig müssen bereits zwei Kurse ausgelagert werden, weil die Räumlichkeit hierfür nicht ausreicht. Ein weiteres Problem stellt die Finanzierung dar. Wenn eine kontinuierliche Arbeit auf die Dauer gewährleistet sein soll, ein breites Programm weiterhin angeboten wird, ist es notwendig, daß der Frauentreff seinen Etat aufstocken kann.

## Kurz notiert

### Küche und Klo

Die Toiletten des Frauentreffs befinden sich im Keller des "Goldenen Apfels". Wenn die Frauen zur Toilette möchten, dann müssen sie durch eine Verbindungstür zwischen Küche und dem Frauentreff. Leider läßt sich diese Tür nicht immer öffnen, da das Küchenpersonal oft große Behälter hinter der Tür abstellt. Tatsache ist aber auch, daß dem Küchenpersonal oft keine andere Möglichkeit bleibt, weil für das Abstellen von Behältern zu wenig Platz ist. Leider ist es auch schon vorgekommen, daß Behälter mit Flüssigkeiten umgekippt sind und die Flüssigkeit durch den Türritzt in den Frauentreff gelangte. Durch die räumliche Nähe der Küche kommt es zudem im Frauentreff oft zu starken Geruchsbelästigungen. Ein Grund mehr für die Forderung: Neue Räume braucht der Frauentreff!

Um diese Probleme vor Ort zu erörtern, hatte der Frauentreff e.V. die VertreterInnen der Fraktionen im Stadtparlament Mörfelden-Walldorf zu einem Informationsgespräch eingeladen. Anwesend waren VertreterInnen der SPD, der GRÜNEN und der DKP. Die CDU-Fraktion nahm an diesem Gespräch nicht teil. Im Gespräch haben GRÜNE und DKP die Ansichten und Forderungen des Frauentreffs weitgehend geteilt. Die SPD konnte sich diesen Forderungen nicht anschließen, zumal ihr Bürgermeister Brehl in einem Brief an den Vorstand des Frauentreffs zu verstehengab, daß er sich bei der Diskussion übergangen fühlt und die Probleme nicht nachvollziehen kann.

Die Forderung nach anderen Räumlichkeiten bleibt bestehen. Der Frauentreff hat seit seiner Gründung vielseitige Arbeit für die Frauen in unserer Stadt geleistet. Das soll auch weiterhin so bleiben und die Möglichkeiten müssen genutzt werden, um das Angebot auszubauen. Im Frauentreff sollen alle Frauen und Frauengruppen Platz finden, die Räume für Frauen in Anspruch nehmen wollen. Der Frauentreff kann diesem Anspruch aber erst gerecht werden, wenn neue Räume zur Verfügung stehen. Denn damit verbunden sind die Möglichkeiten, Beratungs- und Bildungsangebote auszubauen und langfristig eine Sozialarbeiterin einzustellen, die in sozialen und persönlichen Fragen ratsuchende Frauen sachkundig beraten kann.

Diese Forderungen sind im Interesse vieler Frauen, die sich mehr Rechte und Spielräume erkämpfen wollen. Gegenwärtig sieht es so aus, daß die Mehrheit der Entscheidungsträger in dieser Stadt, gegen einen Ausbau des Frauentreffs ist. Die Frauen werden sich aber das Frauenzentrum erkämpfen, so, wie sie sich in Rüsselsheim das Frauenzentrum erkämpft haben und in Mörfelden-Walldorf eben den Frauentreff. Am Anfang gab es immer erstmal eine Mehrheit in den Rathäusern, die dagegen war.

Helga Fritz

## Als druff!

### SPD und Grüne wollen Wassergeld erhöhen

Zum 1. Januar 1993 soll das Wassergeld in Mörfelden-Walldorf von 1,80 DM auf 2,10 DM pro qm erhöht werden. Zum 1. Januar 1994 ist eine weitere Erhöhung auf DM 2,20 vorgesehen. Ein entsprechender Antrag an die Stadtverordnetenversammlung, für den Magistrat unterschrieben vom "grünen Stadtrat" Treber, wurde dieser Tage vorgelegt. Die Stadt will damit die von der Hessischen Landesregierung beschlossene Grundwasserabgabe postwendend an die Bürger "weitergeben", das heißt die Bürgerinnen und Bürger damit belasten. Ein weiteres Beispiel dafür, wie die "ursachengerechte und kostendeckende" Gebührengestaltung in unserer "rot/grün" regierten Stadt funktioniert. Das könnten die "schwarzen" kaum besser machen. Die DKP-Fraktion wird dieser Erhöhung des Wassergeldes nicht zustimmen. GS

### Mieterhöhungen um 25% in städtischen Sozialwohnungen

Neuberechnet wurden jetzt die Mieten für die städtischen Sozialwohnungen. Zum 1. November 1992 steigt danach die Miete erheblich, in einem uns bekannten Fall um fast 25%. Die Stadt ist offenbar wild entschlossen, Gewinne auf dem Immobilienmarkt nicht den Maklern und "freien" Vermietern zu überlassen. Angewandtes "Kostendeckungsprinzip" unseres Stadtkämmerers Vorndran? Das läßt für die Zukunft noch einiges erwarten. GS



# Verschwinden soll der Hunger und nicht der Hungrige

Eine wichtige biologische Art ist wegen der schnellen und fortschreitenden Vernichtung ihrer natürlichen Lebensbedingungen dem Risiko ihres Verschwindens ausgesetzt: der Mensch.

Wir werden uns dieses Problems jetzt bewußt, da es schon fast zu spät ist, es zu verhindern.

Es muß darauf hingewiesen werden, daß die Konsumgesellschaften die Hauptverantwortlichen für die furchtbare Zerstörung der Umwelt sind. Sie sind geboren aus den Metropolen der alten Kolonialmächte und aus imperialer Politik, die ihrerseits die Rückständigkeit und die Armut gezeugt haben, welche heute den weitaus größten Teil der Menschheit geißeln. Mit nur zwanzig Prozent der Weltbevölkerung verbrauchen sie zwei Drittel der metallischen Werkstoffe und drei Viertel der Energie, die auf der Welt produziert werden. Sie haben die Meere und Flüsse vergiftet und die Luft verschmutzt, sie haben die Ozonschicht geschwächt und durchlöchert und die Atmosphäre mit Gasen angereichert, welche die Klimabedingungen mit solch katastrophaler Wirkung verändern, daß wir bereits darunter zu leiden beginnen. Die Wälder verschwinden, die Wüsten dehnen sich aus, Milliarden Tonnen fruchtbaren Bodens werden jedes Jahr ins Meer gespült. Zahlreiche Arten werden ausgerottet. Der Bevölkerungsdruck und die Armut führen zu verzweifelten Anstrengungen, um zu überleben, und sei es auf Kosten der Natur. Man kann die Schuld daran unmöglich den Ländern der Dritten Welt geben, die gestern Kolonien waren und heute durch eine ungerechte Weltwirtschaftsordnung ausgebeutete und beraubte Nationen sind.

Die Lösung kann nicht sein, jene an der Entwicklung zu hindern, die sie am meisten brauchen. In Wirklichkeit stellt all das, was heute zu Unterentwicklung und Armut beiträgt, eine tätliche Vergewaltigung der Ökologie dar. Dutzende Millio-

nen Männer, Frauen und Kinder sterben in der Dritten Welt jedes Jahr an den Folgen dessen; das sind mehr Opfer als sie jeder der beiden Weltkriege gekostet hat. Ungleicher Austausch, Protektionismus und Auslandsschuld sind Angriffe auf die Ökologie und befördern die Zerstörung der Umwelt. Wenn die Menschheit vor dieser Selbsterstörung bewahrt bleiben soll, sind der auf unserem Planeten verfügbare Reichtum und die vorhandenen Technologien besser zu verteilen. Weniger Luxus und weniger Verschwendung in einigen wenigen Ländern, damit es weniger Armut und weniger Hunger auf einem großen Teil dieser Erde geben möge. Keine Übertragung von Lebensstilen und Konsumgewohnheiten mehr in die Dritte Welt, welche die Umwelt ruinieren. Das menschliche Leben soll vernünftiger gemacht werden. Es muß eine gerechte Weltwirtschaftsordnung geschaffen werden. Die gesamte Wissenschaft sollte in den Dienst einer verträglichen Entwicklung ohne Vergiftung gestellt werden. Bezahlt werden muß die Umweltschuld und nicht die Auslandsschuld. Verschwinden soll der Hunger und nicht der Hungrige.

Da die angenommenen Bedrohungen durch den Kommunismus verschwunden sind und kein Vorwand mehr bleibt für kalte Kriege, für Wettrüsten und Militärausgaben, was hindert uns daran, diese Mittel sofort zur Förderung der Entwicklung der Dritten Welt und zum Kampf gegen die Gefahr der ökologischen Zerstörung unseres Planeten einzusetzen?

Aufhören möge der Egoismus, aufhören möge der Hegemonismus, aufhören mögen Fühllosigkeit, Verantwortungslosigkeit, Betrug und Selbstbetrug.

Morgen wird es viel zu spät sein, das zu tun, was wir bereits vor langer Zeit hätten tun sollen.

*(Aus der Rede von Fidel Castro, beim "Umweltgipfel" in Rio)*

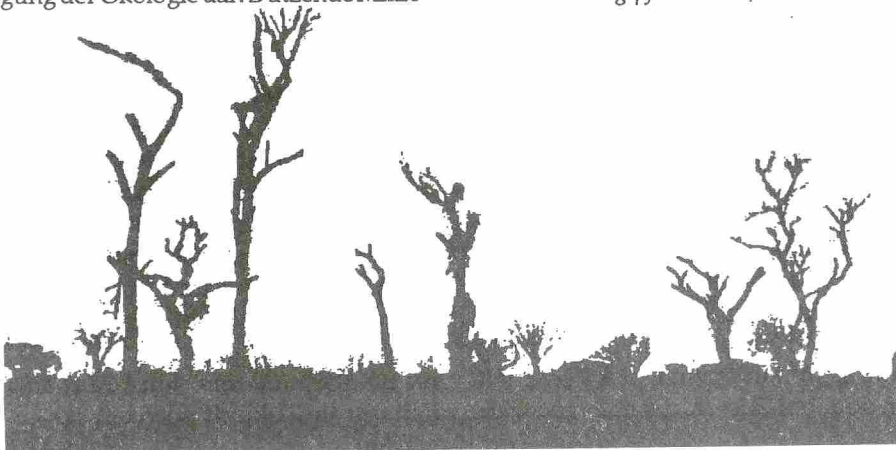
## Kein Tag ohne brutale Gewalt

Seit Rostock vergeht kaum ein Tag ohne Gewalttaten gegen Ausländer und Angriffe auf Asylbewerberheime. Handelt es sich nur um das Werk einiger Gewalttäter? Oder deutet sich nicht vielmehr eine breitenwirksame nationalistische Wende an? Die Reaktionen folgen bekanntem Muster. Der Bundeskanzler sieht eine Schande für unser Land. Die Polizei ist nicht immer auf der Höhe ihres Auftrags. Der Verfassungsschutz wiegelt ab. Die SPD-Führung vergißt Parteitagebeschlüsse und die Geschichte der eigenen Partei und zeigt sich bereit, das Asyl-Grundrecht zu ändern. Es ist zum Verzweifeln!

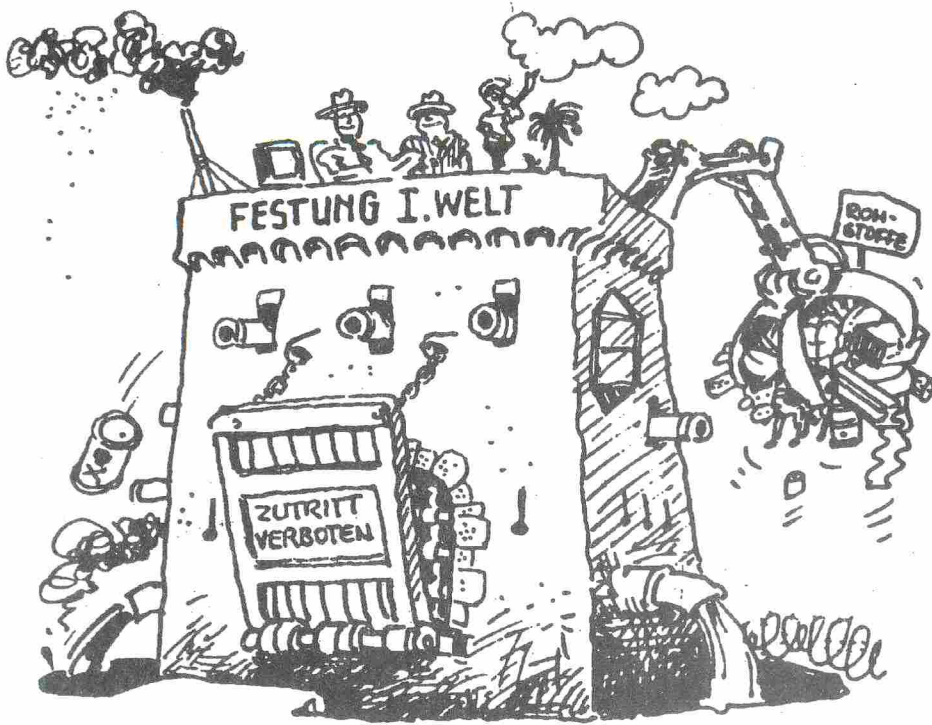
In einem hat die SPD-Spitze recht: Die Gewalttäter treffen auf Zustimmung in der Bevölkerung. Beängstigender noch als die Ausschreitungen selbst sind Duldung oder gar Beifall seitens der Bürger. Ohne dramatisieren zu wollen: Hier bahnt sich eine Bewegung an, die diese Gesellschaft nachhaltig verändern könnte.

An sich ist das alles gar nicht so erstaunlich. Menschen, die von Arbeitslosigkeit, Abstieg und Not bedroht sind, die keine Perspektive haben, sind anfällig für die Versuchung, sich nach unten abzugrenzen, im Fremden eine Gefahr für Lebensraum und Wohlstandschancen zu sehen. Hinzu kommt, daß die Verletzungen des eigenen Selbstwertgefühls dazu verleiten, auf andere zu treten, die in der sozialen Stufenleiter noch tiefer stehen. Nicht zufällig wird der politische und ökonomische Zerfall der ehemals sozialistischen Staaten von aufkommendem Nationalismus begleitet, einschließlich antisemitischer Widerwärtigkeiten, wie etwa in Ungarn, Polen, Rußland. Was tun, um dieser Gefahr entgegenzutreten? Bisher ist das demonstrative Aufbegehren der Demokraten nicht gerade überwältigend ausgefallen.

Das läßt sich nicht allein damit erklären, daß die sozialen Bewegungen verkümmert sind, und daß angesehene Einrichtungen wie Kirchen und Gewerkschaften hier und da halbherzig reagierten. Es hat wohl auch damit zu tun, daß die schrecklichen Parolen, die Ausländer nähmen den Deutschen Wohnung, Arbeit und Sozialleistungen weg, auf Zustimmung stoßen. Dies ist aber nur möglich, wenn andere politische Antworten ausbleiben. Hier liegt nicht zuletzt die Verantwortung der Gewerkschaften. Sind unsere Konzepte zur Überwindung von Wohnungsnot, Sozialabbau und Arbeitslosigkeit wirklich so überzeugend, daß sie denen, die sich bedroht fühlen, eine







## Georg Zwilling wäre 100 geworden

Es war vor 61 Jahren, im November 1931, als der Mörfelder Georg Zwilling, Maurer und Kommunist, mit 1578 Stimmen zum Bürgermeister der Gemeinde Mörfelden gewählt wurde. Die ihn kannten, schilderten ihn als einen kleinen Mann, der überzeugen konnte, als einen Mann der sich stets für die Arbeiter einsetzte und der deshalb das Vertrauen der Mörfelder erhielt.

Georg Zwilling, am 21.09.1892 in Mörfelden geboren, war schon in jungen Jahren aktiv in der Arbeiterbewegung. Ende des Jahres 1918 war er Mitglied des Frankfurter "Arbeiter- und Soldatenrates", 1919 trat er in die USPD ein, um dann zu den Gründern der KPD in Mörfelden zu gehören. Seinen Namen finden wir bei den Aktiven der Freireligiösen Gemeinde ebenso, wie bei den Gründern des Volkshaus-Vereines. Als er 1931 gewählt wurde, konnte der damalige Gemeindepfarrer die Welt nicht mehr verstehen. In die Kirchenchronik schrieb er: "Die Sensation dieses Jahres bildet die Bürgermeisterwahl. Mörfelden stellt den ersten hessischen kommunistischen Bürgermeister. Auf diesen zweifelhaften Ruhm war es sehr stolz!" Lange war der "Zwillings-Schorsch" nicht Bürgermeister. Nachdem er einen schweren Verkehrsunfall erlitten hatte, wurde im März 1932 von der Obrigkeit der Staatskommissar Holzhäuser an seiner Stelle eingesetzt. Wie viele seiner Genossen wurde Georg Zwilling ein Jahr später von den Nazis verhaftet und mit vielen seiner Mörfelder Genossen in das KZ-Osthofen eingeliefert. Anschließend wurde er wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" in das Gefängnis Frankfurt a.M. eingeliefert, von wo man ihn im September wegen mangelnder Beweise entlassen mußte. Die Befreiung vom Faschismus konnte er nicht mehr erleben. Bei einem Tieffliegerangriff kam er am 5. November 1944 im Alter von 52 Jahren ums Leben. Georg Zwilling setzte sich, wie viele seiner Mitstreiter, für bessere Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung, für eine humane Gesellschaft, für eine bessere Welt ohne Krieg ein. Dafür haben wir ihm zu danken.

Perspektive bieten? Wichtiger noch: Nehmen es uns die von Not und Arbeitslosigkeit geschlagenen Bürger ab, daß wir mit all unserer Kraft zu einer Wende beitragen können und wollen? Wenn nicht, wem sollen sie eigentlich glauben, nachdem sie mehrfach betrogen wurden, vor allem die Menschen in den neuen Bundesländern?

Antirassistische Kundgebungen, die nicht zugleich Antworten auf die sozialen Nöte geben, bleiben daher an der Oberfläche - so wichtig und unverzichtbar sie sind.

Eine andere Schlußfolgerung betrifft die Politik. Seit Jahren haben CDU- und FDP-Politiker dazu beigetragen, nationalistisches Gedankengut hoffähig zu machen. Da lädt die FDP Stuttgart den österreichischen Rechtsaußen Haider ein. Da planen die Spitzen der Raumfahrtindustrie unter der Schirmherrschaft eines Parlamentarischen Staatssekretärs aus Bonn den 50. Jahrestag der Vernichtungsraketen Hitlers zu feiern. Da erleben wir seit Jahren eine Asylkampagne, die den Boden für die Gewalttaten bereitet hat. Im Großen begegnet uns dasselbe Denken in Gestalt der Pläne einer Festung Europa verbunden mit der Bereitschaft zu gelegentlichen militärischen Ausfällen, um draußen für Ordnung zu sorgen" und den industriellen Reichtum mit Gewalt zu verteidigen.

Wer das betreibt oder hinnimmt, verhält sich im Grunde nicht anders als die biederen Bürger von Rostock, die nicht eingreifen, wenn Ausländern Gefahr für Leib und Leben droht.

Hier liegt auch die Rolle der SPD, der

man nur wünschen kann, die Petersberger Kehrtwende wieder zu verwerfen. Nicht nur, daß sozialdemokratische Prinzipien verraten würden, nicht nur, daß die Rechtsextremisten sich bestätigt fühlen müssen, auch das kurzssichtige Kalkül auf Wählerstimmen würde nicht aufgehen; wer bei seiner Wahlentscheidung dem Biertisch folgt, wählt gleich Parteien des rechten Spektrums!

Detlef Hensche

Aus: "Forum", Zeitschrift der IG Medien, 20/92

# blick punkt



Jede  
Spende hilft,  
das  
Erscheinen  
zu sichern!

Unser  
Spendenkonto:  
Kreissparkasse Groß-Gerau,  
Kto.-Nr. 9003419,  
BLZ 50852553



# Stadtgeschichten



Walldorfer Kerb 1928. Die Kerweborsch des Arbeitergesangvereins "Vorwärts 1906" versammelten sich mit der acht Mann starken Musikkapelle im Wirtshausgarten der Gaststätte "Neue Welt", Waldstraße 13. Auch dieser Verein wurde 1933 von den Nazis verboten. Nach 1945 schlossen sich die Sänger der neu gegründeten SKG an.

Einige Namen der Kerweborsch konnten wir in Erfahrung bringen. Wir nennen die Namen, so, wie das Fernsehen die Lottozahlen - ohne Gewähr. Es sind: Unten liegend Willi Lips, untere Reihe stehend, zweiter von links, Konrad Wilker, Wilhelm May, Wilhelm Zwilling, (Amme Seppel), Otto Loos, Georg Riemenschneider.

Zweite Reihe stehend, zweiter von links, Adolf Best, ganz rechts, Willi Kraft. Obere Reihe, ganz links, Ernst Cezanne und ganz rechts Hermann Reviol. Wer kennt noch den Kerwebadder und die übrigen Kerweborsch?

Die "blickpunkt"-Redaktion freut sich immer, wenn die früher einmal Fotografierten bekannt werden und vor allem, wenn wir alte Fotos erhalten.



## Opposition bleibt notwendig!

Am Mittwoch, den 2. Dezember 1992 will die DKP Mörfelden-Walldorf "Offene Liste" die Liste ihrer Kandidatinnen und Kandidaten zur Kommunalwahl 1993 wählen. Wer als Parteiloser mitmachen will, melde sich bei:

Gerd Schulmeyer, Mörfelden,  
Wolfsgartenstraße 2, Tel. 23366

Herbert J. Oswald, Walldorf,  
Waldstraße 101, Telefon 43429

## TERMINE IM FRAUENTREFF »GOLDENER APFEL«

Dienstag, 3. 11., 20.00 Uhr  
"Was gibt es Neues in der Frauenliteratur?"

Anne Schneider,  
Buchhandlung "Eulenspiegel"



Dienstag, 24.11., 20.00 Uhr  
"Alternative Verhütung",  
Marlies Stänicke,  
Pro Familia Rüsselsheim